

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 63 (1971)

Heft: 6

Artikel: Die CSSR hat politische Sorgen

Autor: Schläppi, Bruno

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354508>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

später ohnmächtig vor dem zu spritzenden Objekt lag. Er erholte sich wieder und machte weiter. Dann sah ihn Henkel wieder zu Boden fallen. Diesmal war es zuviel für den Gesellen: er starb drei Jahre später im Krankenhaus.

Als Vertrauensmann des SBHV machte Henkel einmal verschiedene Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen seiner Kollegen. Unter anderem forderte er eine Verkürzung der Arbeitszeit.

Das alles sollte uns zu denken geben. Und um das Denken kommen wir kaum herum, wenn wir uns dieses Stück ansehen oder es lesen. Es ist ein Faustschlag ins Gesicht eines jeden, der da glaubt, solche Dinge kämen «bei uns» längst nicht mehr vor. Henkel hat nicht nur in Deutschland als Schiffsmaler, sondern auch sechs Jahre als Gastarbeiter bei einer Schweizer Firma «eisengewichst». Viele seiner Kollegen brechen aus ihrem Beruf aus oder übernehmen nur noch Gelegenheitsarbeiten.

Die Folge dieses «Gammlerlebens» tritt dann früher oder später in Form von psychotischen und neurotischen Gemütszuständen auf. «Derjenige aber», stellt Henkel fest, «der seinem Malerberuf treugeblieben ist, wird seine Rentnerjahre genausowenig geniessen.»

Heinrich Henkels Stück betreibt scharfe Gesellschaftskritik nach «rechts» und nach «links». Es ist also kein traditionelles Links-Theater, es ist nicht abstrakt, verbreitet keine Parolen und Theorien, es bietet schlicht einen Einblick in die Welt von Berufsarbeitern, die ansonsten wenig von sich reden machen, zu wenig, wie es scheint. Henkel möchte hier, diesmal nicht auf gewerkschaftlichem, sondern auf künstlerischem Weg Abhilfe schaffen.

Er hat sich zum Sprachrohr der «Eisenwichser» gemacht. Und er hat dies in einer Weise getan, die uns nicht ohne einige Fragen zur Tagesordnung übergehen lässt. Fragen, die auf Antwort warten...

Bettina Meier, Bern

Die CSSR hat politische Sorgen

Der 14. Parteikongress hätte schon im September 1968 stattfinden sollen. Die Entwicklung in der CSSR ist unverkennbar restaurativ und zu einem hohen Grade konträr zu den – wenn auch bescheidenen, aber dennoch vorhandenen – reformerischen Versuchen in einigen anderen sozialistischen Staaten.

Konsolidierung durch gewaltsame Befriedung

Die Behauptung des Ersten Parteisekretärs, die innenpolitische Lage habe konsolidiert und die Einheit des Parteiapparates wieder

hergestellt werden können, lässt sich bei näherer Untersuchung nicht aufrechterhalten. Von Normalisierung kann keine Rede sein, die durch die Okkupation evozierten sozialen Probleme sind unlösbar, lediglich kann man feststellen, dass in der Tschechoslowakei eine gewaltsame Pazifierung stattgefunden hat, durch welche die Kluft zwischen dem herrschenden Parteiapparat und der in die Passivität gedrängten Bevölkerung nur tiefer geworden ist.

Husaks Konsolidierungsprozess beruht nach wie vor auf der uneingeschränkten Säuberung des politischen und staatlichen Apparates. Die Folgen sind, dass vor allem die direkt davon betroffenen Parteimitglieder ihre Interessen auf den rein persönlichen Lebensbereich beschränken und sich vor der Gesellschaft zurückziehen.

Die vom Regime mit untauglichen Mitteln durchgeführte Konsolidierungsphase hat zu einer gefährlichen gesellschaftlichen Lethargie geführt und den Menschen verunsichert. Sie können ihre aktuellen Erfahrungen mit dem System Husaks, in der Aera Dubcek ebenso wenig vergessen, wie sie ihre Erinnerungen an die Zeit unter Novotny nicht einfach ausradieren können oder wollen. Opposition ist für sie unmöglich geworden, dessenungeachtet wollen sie die schwerwiegende Beschuldigung nicht stillschweigend hinnehmen, dass alles, was sie vor zwei, drei Jahren taten und woran sie glaubten, konterrevolutionär oder gar Verrat gewesen sei. Und was sie am meisten bedrückt, ist die Tatsache, dass die Periode Novotnys nur noch dahingehend kritisiert wird, dass sie dem Prager Frühling rief.

Husaks Versuch der Aussöhnung mit der Intelligenz muss zum Beispiel solange scheitern, als die offizielle Politik die Methoden der Planung und Lenkung restauriert, wie sie vor dem 13. Parteikongress im Jahre 1966 noch nach dem stalinistischen Vorbild angewandt worden sind.

Diese Menschen sind weiter enttäuscht, fühlen sich gedemütigt, weil Husak die sowjetische Intervention als legale Massnahme rechtfertigt und weil er vom Aktionsprogramm Alexander Dubceks, entgegen seinen mehrmals abgegebenen Versprechungen, nichts gerettet hat. Noch weniger finden sie sich damit ab, dass die unfähigen Apparatschiks der Novotny-Aera wieder an den Schalthebeln der Macht sitzen, und dass in der Wirtschaft Praktiken Verwendung finden, welche vor fünf, sechs Jahren schon einmal eine tiefgehende Wirtschaftskrise auslösten.

Die Prager Führung erklärt des weiteren, sie habe die ökonomische Stagnation überwunden. Es ist nicht zu leugnen, dass ihr eine gewisse Stabilisierung mit den orthodoxen Methoden der Rezentralisierung gelungen ist, doch existiert bis heute kein taugliches Konzept zur Steigerung der ökonomischen Effizienz. Die Aufrufe zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität verhallen unter der enttäuschten Arbeiterklasse ungehört.

Das Verhältnis zwischen Führung und Bevölkerung könnte nicht schlechter sein, selbst in den letzten Jahren des Regimes Novotny gab es mehr Hoffnung in der CSSR als heute, wo jedermann weiß, dass dieser Staat auf die Position von 1966 zurückgeworfen worden ist. Vor dem 13. Parteikongress begann sich langsam die Erkenntnis durchzusetzen, dass selbst strukturverändernde Reformen unumgänglich seien.

Zur Stunde haben Reformen absolut keine Chancen. Husák, der sicher die Einsicht dafür besitzt, hat nicht mehr die machtpolitische Plattform, um sie realisieren zu können. Der orthodoxe Flügel ist für vernünftige Lösungen nicht ansprechbar.

Dilemma und Paralyse

Somit findet sich die tschechoslowakische KP wieder in ein und derselben Krise verhaftet, die einstmals den Sturz des Stalinisten Novotny einleitete. Die Panzer haben also den seit Jahren bestehenden innerparteilichen Konflikt, der während des Prager Frühlings hätte überwunden werden können, aufs neue konserviert und bloss verschärft; die Okkupation hat die Forderung nach einer umfassenden Strukturänderung, welche den engen Rahmen einer administrativen, bürokratischen Parteidiktatur sprengen muss, nur exponiert. Sie haben am «fait accompli» nichts zu ändern vermocht, dass der hochentwickelte tschechische Industriestaat nicht nach den extensiven und zentralistischen Richtlinien der stalinistischen Planbürokratie geführt werden kann. Unter diesen Gesichtspunkten lebt die tschechoslowakische Gesellschaft nach wie vor in einer unterdrückten politischen, ideologischen und wirtschaftlichen Krise.

Im September 1970 suchte der Erste Parteisekretär in seiner berühmt gewordenen Ostrauer Erklärung die Aussöhnung mit den Intellektuellen. Er kündete damals den offenen Dialog zwischen Partei und Gesellschaft an und setzte sich für eine tolerante Haltung denjenigen gegenüber ein, welche schon der Säuberung zum Opfer gefallen waren.

Diese neue Linie scheiterte, nicht nur an der skeptischen und abwartenden Haltung der Angesprochenen, sondern noch mehr am Widerstand der reaktionären Kräfte, die nun plötzlich gegen Husák opponierten und ihn zu Fall bringen wollten. Das Dezember-Plenum des Zentralkomitees konnte den offenen Bruch zwischen dem Husák-Flügel und den Konservativen nur notdürftig kitten, die zu dem Zeitpunkt gefasste «Resolution der Einheit» entsprach einer fadenscheinigen Kompromisslösung. Sie konnte von den rivalisierenden Gruppen nach eigenem Gutdünken ausgelegt werden. Der Machtkampf schwelte erneut auf. In der Folge wurden drei gegen den Ersten Parteisekretär gerichtete Verschwörungen aufgedeckt, die letzte anfangs April dieses Jahres.

Ein Indiz für die innere Paralyse der kommunistischen Bewegung lässt sich ebenfalls in dem Dokument «Lehren aus der Krisenentwicklung in Partei und Gesellschaft» beobachten. Hauptsächlich geht es darum, wer die Bitte um militärische Hilfe an die Sowjets gerichtet haben soll. Bekanntlich hat das unter der Führung Dubceks stehende Zentralkomitee niemals einen solchen Hilferuf an den Kreml ausgesandt, haben also die noch ihre Posten innehabenden Spitzenfunktionäre Svoboda, Strougal und Husak den Appell nicht unterzeichnet. Dieses Dokument, einer Geschichtsfälschung gleichkommend, wenn es behauptet, «25 führende und verantwortungsbewusste ZK-Funktionäre hätten den Kreml um militärischen Beistand gebeten», impliziert zwangsläufig Fraktionskämpfe um die Macht innerhalb des Parteiapparates. Es ist von grösster Tragweite, weil von ihm für die gemässigte Gruppe eine permanente Bedrohung ausgeht. Es ist und bleibt auf lange Zeit Element der Unruhe und Spaltung. Es macht auch den Anschein, dass sich auf die Dauer mit der Reaktion keine Kompromisse mehr aushandeln lassen. Der Kontinuität folgend, müsste Husak in absehbarer Zeit zurücktreten, besäße er nicht Rückendeckung aus Moskau, wobei gerade dieses Dokument ihm den Todesstoss versetzen könnte.

Auch kann die tschechische Gesellschaft nicht ewig durch Notstandsverordnungen unterdrückt werden, noch weniger die historische Wahrheit verschleiert werden, obschon der Verfasser des Schwarzbuches, in dem die Invasion der Sowjets niedergeschrieben ist, in ein Gefängnis verbracht worden ist. Und man kann ihr nicht andauernd mit politischen Prozessen drohen.

Die Periode der Kompromisse nähert sich ihrem Ende, die ja ohnehin bloss Stagnation bedeutete. Entweder siegen die reaktionären Kräfte vollständig und werfen die CSSR nochmals um Jahre der Entwicklung zurück, oder es kommt letzten Endes wieder zu reformerischen Ansätzen. Sie sind im Moment völlig diskreditiert und chancenlos, in letzter Konsequenz indessen der einzige Ausweg, wenn das kommunistische Regime in Prag aus dem Teufelskreis ausbrechen will.

Bruno Schläppi, Wien

Gewerkschaftliche Aktivitäten auf den Rahmen der herrschenden Kräfteverhältnisse zu beschränken, bedeutet vorbehaltlose Hinnahme der gegebenen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und staatlichen Strukturen. Und gerade das wollen, können und werden wir nicht! Die geltende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist für uns keineswegs «tabu» – wir wollen und werden sie verändern.

Heinz O. Vetter